

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE FÜR STIMMRECHT 18
COMITÉ D'ACTION SUISSE POUR LE DROIT DE VOTE ET
D'ÉLIGIBILITÉ À 18 ANS

Presseausschuss
Postfach 2642

3001 B e r n

Bern, 23. Januar 1979 ea

An die Redaktionen der deutsch-
sprachigen Schweizerpresse

Die Informationstätigkeit über die am 18. Februar zur Abstimmung gelangende Vorlage über das Stimm- und Wahlrecht für 18jährige soll intensiviert werden. Dies beschlossen an einer Aussprache die Vertreter des von allen vier Bundesratsparteien getragenen "Schweizerischen Aktionskomitees für Stimmrecht 18", jene des "Jugendkomitees Wahlalter 18", sowie der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Jugendverbände (SAJV). Ueber diese Aussprache informieren wir Sie mit beiliegendem Communiqué.

Warum sich die Jugendverbände für das Stimm- und Wahlrecht für 18jährige einsetzen, erläutert in einem Beitrag die Präsidentin des SAJV. Ein zweiter Artikel plädiert dafür, die junge Generation ernst zu nehmen und ihr die Möglichkeit einzuräumen, sich aktiv am politischen Leben zu beteiligen.

Die grossen politischen Parteien haben zumeist recht deutlich die Ja-Parole beschlossen. Dennoch kamen an den Versammlungen unterschiedliche Vorbehalte zum Ausdruck, die zum Teil auf Missverständnisse zurückzuführen sind. Wir hoffen, sehr verehrte Damen und Herren, dass Sie uns deshalb in unserer Aufklärungskampagne unterstützen. Wir sind Ihnen sehr dankbar dafür.

Mit freundlichen Grüssen
Für den Presseausschuss:

sig. Chr. Beusch

Warum sich die Jugendverbände für "Stimmrecht 18" einsetzen

Von Anne-Marie Steinlin, Präsidentin der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV)

Viele Jugendliche stehen schon lange vor dem 20. Lebensjahr im Erwerbsleben. Sie bestimmen selbst über die Verwendung ihres Lohnes. Sie bezahlen Steuern und ab 18 Jahren den AHV-Beitrag. Dem 18jährigen traut man zu, ein verantwortungsbewusster Autofahrer zu sein. Nach dem 18. Altersjahr ist ein Jugendlicher voll verantwortlich für seine strafbare Handlungen. Viele Jugendliche sind Jugendgruppenleiter und tragen die Verantwortung für die Mitglieder ihrer Jugendgruppe.

In diesen und in vielen andern Bereichen des Lebens tragen die Jugendlichen grosse Verantwortung. Warum sollen also die 18- bis 20jährigen nicht auch Mitverantwortung im Staate tragen?

Man wirft den Jugendlichen immer wieder vor, uninteressiert zu sein. Hand aufs Herz: trifft dies wirklich nur auf die 18- bis 20jährigen zu? Ist dieses Phänomen nicht in allen Altersgruppen anzutreffen? Gewiss sind die Jugendlichen noch sehr mit ihrem privaten Leben und ihrer Entwicklung beschäftigt. Sie sind aber auch noch offener, weniger resigniert gegenüber gesellschaftlichen Problemen, mit denen sie heute schon früh konfrontiert werden und zu deren Lösung viele etwas beitragen wollen. Geben Sie diesen Jugendlichen die Gelegenheit zu beweisen, dass sie sich für die Probleme des staatlichen Lebens interessieren!

Wissen die 18jährigen genug, sind sie erfahren genug, um an der Urne mitzuentcheiden? Das Wissen, das hängt zu einem grossen Teil von der politischen Bildung in der Schule, in der Familie, in der Jugendgruppe ab. Doch diese politische Bildung beginnt lange vor dem 18. Lebensjahr und hört meistens schon vor dem 20. Lebensjahr auf. So müssen die Jugendlichen mehrere Jahre warten, bis sie ihr Wissen auch anwenden können. Zur politischen Bildung gehört aber nicht nur die Theorie; ebenso wichtig ist das Einüben und Erfahren von Demokratie, eine Tatsache, die oft vergessen wird. Mit einem Ja zu der am 18. Februar zur Abstimmung gelangenden Vorlage über die Herabsetzung des Stimm- und

Wahlrecht auf 18 Jahre leistet man einen Beitrag zur Verbesserung der politischen Bildung. Eine echte direkte Demokratie verlangt, dass möglichst viele Bürger am staatlichen Leben teilnehmen, dass sie mitentscheiden und Mitverantwortung tragen. Warum also nicht auch die 18- bis 20jährigen miteinbeziehen? Gerade sie besitzen ja noch unverbrauchte Kräfte, bringen neue Ideen und einen gewissen Idealismus, was unserem Staat nur gut tun kann.

Es müssen heute viele Entscheide gefällt werden, die auch längerfristig grosse Bedeutung haben. Die junge Generation wird diese Entscheide tragen müssen. Wäre es daher nicht ein Gebot der Fairness, mit einem Ja einigen der Hauptbetroffenen die Möglichkeit geben, ihre eigene Zukunft mitzugestalten?

18jährige am politischen Leben teilnehmen lassenJunge Generation ernst nehmen

(s.) Nach verschiedenen kantonalen Anläufen soll nun die Frage, ob 18jährige Mitbürgerinnen und Mitbürger bereits stimmen gehen dürfen, auf gesamtschweizerischer Ebene durch die (nota bene mindestens 20jährigen) Stimmbürgerinnen und Stimmbürger abgeklärt werden. Am 18. Februar wird sich entscheiden, ob inskünftig mehr junge Bürger am politischen Leben teilnehmen dürfen.

Ueber bereits auferlegte Pflichten braucht sich heute ein 18jähriger nicht zu beklagen. Die Auswirkungen der wichtigsten Pflicht in unserem Land, nämlich Steuern zu bezahlen, hat ein 18jähriger in der Regel bereits deutlich an seinem Portemonnaie zu spüren bekommen. Vom wichtigsten Recht hingegen träumt der engagierte junge Mensch in der Schweiz jedoch noch. Er darf, obwohl er mithilft, den Staat mindestens finanziell zu tragen, nicht mitreden. Er darf nicht mitentscheiden, was mit diesem Staat geschehen soll. Eine Annahme des Bundesbeschlusses über das Stimm- und Wahlrecht für 18jährige würde zu einer Beendigung dieser Ungerechtigkeit führen.

Wer mit 18 Jahren noch kein politisches Interesse besitzt, wird es auch mit 20 Jahren nicht haben. Demjenigen jedoch, der in unserem Staat Mitverantwortung tragen will, sollte die Möglichkeit geboten werden, nicht nur in seinem, sondern vor allem auch im Interesse des ganzen Staates. Man würde beweisen, dass die junge Generation ernst genommen wird. Und eine ernst genommene junge Generation engagiert sich entsprechend auch mehr für den Staat. Das entsprechende Rüstzeug für ein Stimmrecht mit 18 Jahren bringen die Jungen in der Regel bereits mit. Der staatsbürgerliche Unterricht an den Gewerbe- und Berufsschulen gilt nicht als irgendein Nebenfach, er wird ernst genommen und entsprechend den Schülern "angerichtet". Vor allem die Massenmedien haben weiter dazu geführt, dass heute ein 18jähriger wesentlich vielfältiger und umfassender über die politischen Fragen orientiert ist als es noch früher der Fall war. Mit dem Stimm- und Wahlrecht für 18jährige helfen wir mit, die jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger in den Staat zu integrieren und sie zu aktiven, interessierten Staatsmitgliedern zu machen.

Intensivierte Informationstätigkeit über Stimm- und Wahlrecht für 18jährige

Gemeinsame Aktion der Parteien und Jugendorganisationen

(Communiqué)

Die Informationstätigkeit über die am 18. Februar zur Abstimmung gelangende Vorlage über das Stimm- und Wahlrecht für 18jährige soll intensiviert werden. Dies beschlossen an einer Aussprache die Vertreter des von allen vier Bundesratsparteien getragenen "Schweizerisches Aktionskomitee Stimmrecht 18", jene des "Jugendkomitees Wahlalter 18", sowie der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV). Mit Genugtuung nahm das Schweizerische Aktionskomitee davon Kenntnis, dass sich die Jugendparteien und Jugendorganisationen engagiert für diese Vorlage einsetzen.

Es wurde beschlossen, die bereits vor geraumer Zeit aufgenommene Koordination der Tätigkeit breiter abzustützen und zu intensivieren. Das "Jugendkomitee" wird sich gesamtschweizerisch insbesondere der Motivierung der Jungen annehmen und zu diesem Zwecke in verschiedenen Städten und Gemeinden Aufklärungsaktionen durchführen. Es wird dabei aktiv von der SAJV und den Jugendparteien der CVP, FDP und SVP unterstützt.

Mit einer Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtes auf 18 Jahre kann nach Ansicht dieser Organisationen dem gesellschaftlichen und sozialen Wandel der letzten Jahre Rechnung getragen werden. Es liegt auch im Interesse einer Rechtsvereinheitlichung, wenn die politische Mündigkeit herabgesetzt wird. Zudem wird mehr jungen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die aktive Teilnahme am politischen Leben ermöglicht.

Das Schweizerische Aktionskomitee wird von einem Co-Präsidium geleitet; diesem gehören an Nationalrätin Cornelia Füeg (FDP, SO), Nationalrätin Girard-Montet (FDP, VD), Nationalrat Albert Eggli (SP, ZH), Nationalrat Gian Mario Pagani (CVP, TI), Nationalrat Arthur Schmid (SP, AG) Ständerat Fritz Krauchthaler (SVP, BE) und Ständerat Josef Ulrich (CVP, SZ). Vize-Präsidium: Willi Burkhalter (Präsident der JBS), Peter Gehler (Präsident der JSVP), Franz Marty (Präsident der JCVP), Anne-Marie Steinlin (Präsidentin der SAJV).